



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 [ernst-dieter.rossmann@bundestag.de](mailto:ernst-dieter.rossmann@bundestag.de)  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

Berlin, 1. Juli 2005

### **Rossmann fordert: Keine Abstriche bei der Prüfung der Folgen einer weiteren Elbvertiefung**

Die gewissenhafte Prüfung der möglichen Folgen einer Elbvertiefung und die Hamburger Unterstützung für die Entschlickung der kleinen Häfen an der Unterelbe sind zwei Paar Schuhe, die nicht in einen Zusammenhang gebracht werden dürfen. Diese Forderung stellt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann.

Der Abgeordnete mahnt eine zweifelsfreie Untersuchung der möglichen Folgen einer weiteren Elbvertiefung an, damit diese wichtige Maßnahme von der Bevölkerung akzeptiert werden kann und negative Folgeschäden für die Zukunft ausgeschlossen werden.

Rossmann: „ Gerade wer aus wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und ökologischen Interessen für eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Unterelbe ist, muss ganz sicher sein können, dass hiermit keine gra-

vierenden negativen Auswirkungen auf die Deichsicherheit, die Sturmflutgefahr und die Elbsicherheit verbunden sind.“ Hier seien nicht nur der Hamburger Senat, sondern auch die Landesregierung in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gefordert, die einer weiteren Vertiefung der Elbfahrrinne zustimmen müssten.

Die Nachricht, dass sich Hamburg endlich mit mehreren Millionen Euro an einem Fonds zur Entschlickung der kleinen Häfen an der Unterelbe beteiligen will, darf nach Auffassung des Abgeordneten dabei nicht die gewissenhafte wissenschaftliche Prüfung und politische Bewertung der Elbvertiefung beeinflussen. Rossmann: „Wenn hier der Eindruck entstehen sollte, dass sich die Landesregierungen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein von ihrer unabhängigen Bewertung etwas abkaufen lassen, wäre dies verheerend.“

Rossmann erkennt dabei auf der anderen Seite ausdrücklich an, dass Hamburg mit dem Unterstützungsfonds eine Geste der Kooperation und des guten Willens zeigt, wie sie schon lange wünschenswert gewesen wäre. Der Abgeordnete sieht es als Erfolg der intensiven Überzeugungsarbeit aus den Vereinen entlang der Unterelbe, dass Hamburg sich jetzt zu diesem Schritt bereit erklärt hat. Eine konkrete Summe wird von Hamburg dabei noch nicht genannt, da die Verhandlungen mit den Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie mit der Hafenwirtschaft noch laufen. Rossmann: „Immerhin hat der Bürgermeister Ole von Beust einen Betrag von mehreren Millionen Euro ins Gespräch gebracht. Es geht also nicht um Kleinigkeiten.“